

Das Zitat des Tages

„Das schwabbelt ziemlich um die Nulllinie herum, das kann positiv sein, das kann aber auch negativ sein.“

Commerzbank-Finanzvorständin Bettina Orlopp zu den Gewinnaussichten des Unternehmens für das Gesamtjahr 2021

Politik kompakt

BUNDESREGIERUNG

Verschärfte Kontrollen von Corona-Testzentren

Nach Verdachtsfällen auf Abrechnungsbetrug in Corona-Testzentren hat das Bundeskabinett weitere Kontrollvorgaben auf den Weg gebracht. Sie sollen dafür sorgen, dass Anbieter keine falschen Angaben in ihren Steuererklärungen machen können, wie das Gesundheitsministerium mitteilte. Mit der Verordnung des Finanzministeriums sollen die Kassenärztlichen Vereinigungen verpflichtet werden, Zahlungen an Testanbieter den Finanzbehörden elektronisch mitzuteilen. Damit sollen alle Zahlungen dieses Jahres mitteilungspflichtig werden. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte im Juni bereits schärfere Kontrollvorgaben verordnet. Unter anderem sollen private Testzentren nur noch nach Einzelprüfung zugelassen werden können. Die Möglichkeit von Sammelabrechnungen für mehrere Teststellen etwa für überregionale Betreiber soll wegfallen. Die für die Abrechnungen zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen in den Ländern sollen zusätzliche Prüfungen vornehmen. Zudem wurden Test-Vergütungen gesenkt. (dpa)

OBAMA FEIERT 60. GEBURTSTAG

Verwirrung um große Party, die nun kleiner ausfällt

Der frühere US-Präsident Barack Obama ist am Mittwoch 60 Jahre alt geworden. In Washington hatten Berichte über eine geplante Geburtstagsfeier am Wochenende mit angeblich hunderten geladenen Gästen auf der Insel Martha's Vineyard wegen steigender Corona-Zahlen für Aufsehen gesorgt. Eine Sprecherin Obamas teilte mit, die Feier im Freien sei vor Monaten geplant worden, unter Berücksichtigung aller Covid-Vorgaben. Angesichts der Ausbreitung der Delta-Variante hätten die Obamas jedoch entschieden, das Fest deutlich kleiner ausfallen zu lassen und nur mit Familienmitgliedern und engen Freunden zu feiern. Auch das Weiße Haus sah sich Nachfragen ausgesetzt, ob Obama mit einem großen Fest in Corona-Zeiten nicht ein falsches Signal aussenden könnte. Obama war von 2009 bis 2017 Präsident, der heutige Präsident Joe Biden war damals Stellvertreter. (dpa)



Seit Mittwoch ein 60er: Ex-US-Präsident Barack Obama. Foto: dpa

Das Datum

5. August

» 2011 Die US-Weltraumbehörde Nasa schickte eine Sonde zur Erforschung des Planeten Jupiter ins All. Die solarbetriebene „Juno“ erreichte den Gasriesen im Juli 2016.
» 2016 Im brasilianischen Rio de Janeiro werden die XXXI. Olympischen Sommerspiele eröffnet. Über 11 000 Athleten aus 207 Ländern sind dabei. Die USA stellen mit mehr als 550 Sportlern das größte Team, für Deutschland treten 423 an.

„Wir brauchen einen grünen Euro“

Interview Klimakatastrophen, Corona-Folgen, Dauerkrisen: Wie finanzieren wir die großen Herausforderungen der Zukunft? Der Augsburger Ökonom und „Club of Rome“-Vordenker Stefan Brunnhuber schlägt eine radikal einfache Lösung vor

Herr Professor Brunnhuber, Sie beschäftigen sich als Mitglied der Vordenker-Organisation „Club of Rome“ seit langem mit Menschheitskrisen. Als Ökonom und einziger Deutscher sind Sie jetzt in die internationale Lancet-Kommission zu den Lehren aus Corona und Klimawandel berufen worden. Was sind für Sie die wichtigsten Lehren aus der Pandemie und der jüngsten Flutkatastrophe?

Stefan Brunnhuber: Wir erleben gerade einen Schock nach dem anderen. Im Grunde erleben wir drei Krisen, die alle mit der Art zusammenhängen, wie wir wirtschaften und wie wir leben: Corona, die Klimakrise und – nicht zu vergessen – einen immer weiter fortschreitenden dramatischen Artenverlust in unserer Natur. Auch Pandemien wie Corona hängen eng damit zusammen, wie wir expansives Wirtschaftswachstum betreiben. Wir dringen weit in Bereiche der Tierwelt ein, und von dort springen Krankheitserreger auf den Menschen über. Auch die Zunahme von extremen Unwettern ist Ausdruck des Zeitalters, in welchem der Mensch zur bestimmenden Urgewalt auf unserem Planeten geworden ist. Wir sprechen von einer neuen erdgeschichtlichen Epoche, dem sogenannten Anthropozän. Wir erleben einen System-

wechsel, der uns radikal herausfordert, über die Art und Weise nachzudenken, wie wir wirtschaften, Politik machen und wie wir gesellschaftlich zusammenleben wollen.

„Die Idee, zuerst besteuern und dann Allgemeingüter oder Vorsorge zu finanzieren, ist teuer, ineffizient und nutzt uns immer weniger.“

Stefan Brunnhuber

Über einen Kurswechsel für den Klimaschutz wird seit vielen Jahren in Politik und Gesellschaft gestritten. Aber bringen Forderungen nach Verzicht, Einschränkungen und Verboten uns weiter?

Brunnhuber: Wir müssen uns grundsätzlich fragen, ob die Spielregeln, mit denen die Gesellschaft unser Wirtschaften organisiert, in der Form noch tragen. Ich denke hier aber nicht an Verbote, sondern an eine liberale Agenda. Es geht um einen Staat, der ermöglicht, und nicht um einen, der nur reglementiert. Denn wir lernen in Krisen auch, dass, wenn Menschen Freiheit und Eigenverantwortung genießen, sie ein Maximum an Problemlösungsverhalten an den Tag legen – besser als der Staat es kann. Freie Staaten mit offenen Gesellschaften sind deshalb in der Krisenbewältigung autoritären Systemen immer überlegen.

Sollen wir lieber auf die Kräfte des Marktes setzen, nicht auf den Staat?

Brunnhuber: Lassen Sie es mich so sagen: Wir brauchen nicht weniger Märkte, sondern viel mehr Markt – aber anders als heute. Wir brauchen nicht weniger Finanzen, sondern viel mehr – aber andere Finanzen. Wir brauchen auch nicht weniger Regeln, sondern unter Umständen sogar mehr Regeln. Aber Regeln, die der Freiheit dienen und die Freiheit freisetzen. Wir haben auf der einen Seite das große Potenzial des privaten Bereichs und auf der anderen den starken öffentlichen Bereich. Wenn wir die großen Krisen mit ihren Schockfolgen bewältigen wollen, müssen wir diese Bereiche neu in Einklang bringen. Das gilt auch für unser Finanzsystem. Die Frage der Klimaschutzpolitik und der Anpassung an unvermeidbare Klimafolgen steht und fällt mit der Frage, wie wir unsere Finanzen organisieren. Wir reden viel von Nachhaltigkeit und langfristigen Zielen, aber die Gesellschaft fährt sehr stark auf Sicht. Vor allem, wenn es ums Geld geht.

Ist das nicht logisch? Wir erleben in der Pandemie und den Flutfolgen, dass die Finanzkraft des Staates an Grenzen stößt. Schon jetzt herrscht Streit, ob



„Club of Rome“-Mitglied Stefan Brunnhuber schlägt einen „Grünen Euro“ der Zentralbanken als digitale Parallelwährung vor, um die großen Herausforderungen der Menschheit zu finanzieren. Foto: Elayz

Steuern erhöht werden müssen oder künftiges Wachstum das Geld wieder reinspielt...

Brunnhuber: Die Frage ist, drücken wir nach der Pandemie nur auf den Neustartknopf und machen weiter wie bisher? Oder brauchen wir eine neue Version der Politik? In der klassischen Finanzpolitik belegen wir vorhandene Wertschöpfung mit Steuern und Abgaben und finanzieren damit öffentliche Allgemeingüter wie Straßen, Krankenhäuser und Schulen oder Nachhaltigkeitsprojekte. Das ist klassische Umverteilung. Erst werden die Reichen besteuert, und dann wird ein Kindergarten davon gebaut. Oder man subventioniert erst den Bau eines großen Tiermastbetriebs, um ihn hinterher zu besteuern. Mit dem Steuergeld finanzieren wir dann Anlagen für die Öffentlichkeit, um das Gülle-Nitrat des Betriebs aus dem Wasser zu filtern. Die Idee, zuerst besteuern und dann Allgemeingüter oder Vorsorge zu finanzieren, ist teuer, ineffizient und wird uns für unsere großen Krisen immer weniger nutzen. Ebenso wenig hilft es, Schuldenberge aufzuhäufen und sich als Gemeinschaft auf privaten Kapitalgebern abhängig zu machen.

Wie sollte sich der Staat denn sonst für die finanziellen Herausforderungen künftiger Krisen rüsten?

Brunnhuber: Es gibt neben Steuern und Schulden als dritte Möglichkeit für die Finanzierung von Staatsaufgaben die Zentralbanken. In der Finanz- und Bankenkrise hat die Politik dieses Instrument ergriffen, um den Euro zu retten. Auch beim Billionen-Programm der EU, um die europäische Wirtschaft klimaneutral umzubauen, dem „Green-New Deal“, kommt im Prinzip mehr als ein gutes Drittel des Geldes von der Europäischen Zentralbank. Das sind keine Schulden; hier schafft die EZB aus sich heraus Liquidität und stellt sie den Banken für die Kreditverga-

be zur Verfügung. Das hat den Effekt, dass sich die Bilanzen der Zentralbanken erhöhen und dass einige Mittel vielleicht früher oder später abgeschrieben werden müssen. Das würde aber nichts ausmachen, wenn man mit dem Zentralbank-Geld Allgemeingüter als bleibende Werte schaffen würde. Die Zentralbank könnte das Geld problemlos abschreiben, ohne dass damit eine Inflationsgefahr entstünde.

Das würde nichts anderes bedeuten als Geld drucken. Ist das nicht viel riskanter als Steuererhöhungen und Schulden machen?

Brunnhuber: Damit unterscheide ich mich von anderen Ökonomen, aber ich sage: Regierungen brauchen nicht unser Geld, um einen Kindergarten zu finanzieren. Wir brauchen Regierungen, die uns die Liquidität zur Verfügung stellen, um Allgemeingüter zu finanzieren. Das ist nicht so absurd, wie es klingen mag. Schauen wir Europäer doch einmal auf das gigantische Projekt der Neuen Seidenstraße der Chinesen. Sie bauen ein gewaltiges Infrastruktur- und Handelsnetz zwischen China, weiten Teilen Asiens und Europa auf. Glaubt ernsthaft jemand, das bezahlen die chinesischen Steuerzahler oder Peking verschuldet sich dafür bei US-Anlegern, damit in Bangladesch ein Flugplatz gebaut wird? All dies läuft mit Kreditvergaben und Entwicklungsbanken, an deren Ende Chinas Zentralbank steht. Auch in den USA kann die Regierung ein nationales Infrastrukturprogramm auflagen, indem die US-Zentralbank Fed einfach das Geld für die Kreditvergabe den Privatbanken zur Verfügung stellt. All das können Sie auch Geld drucken nennen.

Birgt diese Politik nicht doch eine gewaltige Gefahr der Geldentwertung?

Brunnhuber: Wenn man einfach nur Geld druckt und zugleich die Infra-

struktur gleich lässt, entsteht Inflation. In der Weimarer Republik wurde nicht nur Geld gedruckt, sondern die Infrastruktur durch die Siegermächte sogar abgebaut. Wenn man aber das Geld zur Verfügung stellt und intelligent und sensibel investiert, wird der Radius für Wirtschaft und Wohlstand einfach größer. Dann wird nicht einfach mehr Geld in die Wirtschaft gepumpt, sondern die Infrastruktur erweitert. Zentral ist, dass dies im Sinne der Nachhaltigkeit geschieht, indem sich die Gesellschaft gegen ihre wachsende Verwundbarkeit in großen Krisen schützt, aber auch die Zukunftsprobleme löst. Die internationale Gemeinschaft hat sich ja nicht nur verpflichtet, die Treibhausgase in den kommenden Jahrzehnten radikal zu reduzieren, sondern zeitgleich auch in 17 UN-Nachhaltigkeitszielen für eine Welt ohne Hunger zu sorgen, die Armut zu beenden, in allen Ländern Bildung sicherzustellen und Ungleichheiten zu beseitigen. Wenn man das ernst nimmt – und das tue ich –, braucht man gewaltige Finanzmittel, um die größten Probleme der Welt noch in dieser Generation zu lösen.

Über welche Summen sprechen wir?

Brunnhuber: Wenn wir in den kommenden 15 Jahren die in den Nachhaltigkeitszielen genannten Probleme der Welt lösen wollen, benötigen wir jedes Jahr fünf Billionen US-Dollar. Das wäre mehr als die weltweiten Militärausgaben, aber das kann man nicht einfach über höhere Steuern oder Schulden finanzieren. Auf der anderen Seite steigen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kosten des Klimawandels und vieler anderer Krisenfolgen exponentiell an, wenn wir nicht jetzt mehr dagegen unternehmen und investieren. All das wissen wir, und es ist sogar politischer Konsens: Die UN-Nachhaltigkeitsziele wurden von allen Mitgliedstaaten der Ver-

einten Nationen beschlossen. Wir haben die technologischen Möglichkeiten und die wissenschaftlichen Erkenntnisse, binnen nur 15 Jahren die Probleme der Welt zu lösen. Was uns fehlt, ist das Geld und die Kaufkraft. Der beste Weg wäre, die wichtigsten Zentralbanken stellen das Geld dafür in einer grünen, zweckgebundenen Währung zur Verfügung: Der Teich des Geldes würde einfach größer ohne Inflation.

Sie fordern eine digitale Parallelwährung, damit das Geld nicht in falsche Kanäle gerät. Wie soll das funktionieren?

Brunnhuber: Wir brauchen einen grünen Euro als digitales Zentralbankgeld und als Parallelwährung. Viele Zentralbanken entwickeln mit sogenannten Blockchain-Technologien bereits digitale Währungen. Das darf man jetzt nicht mit dem Bitcoin verwechseln, der hochspekulativ und technisch ein absoluter Oldtimer mit vielen negativen Seiten ist. Ein grüner Euro hätte ein digitales Vertragsprotokoll eingebaut, das automatisch seine Zahlungsmöglichkeit auf nachhaltige Verwendung einschränkt: Sie können damit Klimainvestitionen finanzieren, aber keine Waffen oder Korruption. Sie können am Ende damit auf

„Wir können mit grünen Parallelwährungen Klimaschutz und die Überwindung von Armut und Hunger finanzieren.“

Stefan Brunnhuber

Ihrem Konto zum Beispiel Lebensmittel wie einen regionalen Apfelsaft kaufen, aber nicht Schnaps und Zigaretten. Die Technik ist überhaupt kein Problem und wird für andere Zwecke längst eingesetzt. Am Ende hätten wir zwei Währungen, die in positivem Wettbewerb miteinander stehen: der normale Euro und ein wachsender grüner Euro. Parallelwährungen sind auch nichts Neues. Aber sie haben oft einen positiven Effekt. Es ist wie beim Fahrradfahren: Mit zwei Rädern fährt man besser und sicherer.

Aber ist dieses Modell am Ende nicht völlig unrealistisch und politisch kaum umsetzbar?

Brunnhuber: Ich halte es für den realistischsten Weg, wenn wir die drängendsten Probleme der Menschheit noch in unserer Lebenszeit lösen und nicht kommenden Generationen überlassen wollen. Wir können mit einer grünen Parallelwährung die Überwindung von Armut und Hunger finanzieren, ebenso Klimaschutz, Pandemie-Bekämpfung und Infrastruktur zur Anpassung an Klimafolgen. Es wäre genau der Hebel, den wir brauchen. Es entstehen zusätzliche grüne Jobs, grünes Einkommen und mehr Steuereinnahmen. Wir könnten in nur einer Generation ein großes Bisschen die Welt retten. Wie wollen wir es sonst machen? Wann, wenn nicht jetzt? Stellen wir uns doch mal vor, die ganzen Krisen träfen uns mit einem Schlag: Wie ein Asteroid, der unser Land trifft. Wir können mit unseren Warn-Apps und Sirenen jetzt alle Menschen vorher in Sicherheit bringen. Aber würden wir, um ein Fünftel des zerstörten Landes schnell wiederaufzubauen, die Steuern für den Rest der Bevölkerung erhöhen und Riesenschulden machen? Nein, wir würden die EZB einschalten. Warum ziehen wir also nicht die Lehren aus den gegenwärtigen Krisen und handeln jetzt intelligent für die Zukunft?

Interview: Michael Pohl

Stefan Brunnhuber: Der 59-jährige Ökonom und Psychiater wurde in Augsburg geboren und ist Vollmitglied des „Club of Rome“ und Mitglied der Lancet-Kommission „Covid und Green Recovery“. Der Ökonom und Professor für Psychologie ist Ärztlicher Direktor einer Diakonieklinik in Sachsen.